Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Mittwoch, 15. Dezember 2010
Ausgabe 240

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **3**
Meldungen **3**
› Kultureller Ehrenpreis 2010 an Dieter Hildebrandt 3
› Glückwünsche für Tankred Dorst zum 85. Geburtstag 4
› OB Ude zum Sozialhilfestreit: Haderthauer verirrt sich in Absurditäten 5
› Winterdienstbilanz für Dienstag, 14. Dezember 6
Antworten auf Stadtratsanfragen **7**
› Fährt die Bundesregierung den Beschäftigungszuschuss an die Wand? 7
› Ist ein anderer Bodenbelag in der Stachus Passage möglich? 10
› Städtischer Bestattungsdienst stark im Umland tätig? 12

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **15**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Donnerstag, 16. Dezember, 18 Uhr, Alter Rathaussaal, Marienplatz
Stadtrat Alexander Reissl (SPD) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters Grußworte zur Übergabe der Ökoprofit-Auszeichnungen 2009/2010 der Landeshauptstadt München. Der Referent für Arbeit und Wirtschaft, Dieter Reiter, und der Referent für Gesundheit und Umwelt, Joachim Lorenz, überreichen in einer Feierstunde die Auszeichnungen und bilanzieren die Effekte des betrieblichen Umweltberatungsprogramms für Wirtschaftlichkeit und Umwelt. Ökoprofit (Ökologisches Projekt für Integrierte Umwelttechnik) wird vom Referat für Arbeit und Wirtschaft sowie dem Referat für Gesundheit und Umwelt betreut. An der Staffel 2009/2010 nahmen 57 Betriebe und Einrichtungen erfolgreich teil.

Wiederholung
Donnerstag, 16. Dezember, 18.30 Uhr, Kinder- und Jugendmuseum München, Arnulfstraße 3, Seitenflügel Starnberger Bahnhof
Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers spricht Grußworte zur Eröffnung der Ausstellung „Weg vom Fleck! – Erforsche das Gehen, Fahren und Fliegen". Des Weiteren sprechen Haimo Liebich (Kinder- und Jugendmuseum München), Konstanze Carreras (Sprecherin Social Responsibility, BMW Group), Hermann Mund (TÜV Süd Stiftung) und Sylvia Hladky (Leiterin Deutsches Museum Verkehrszentrum) sowie zur Ausstellung Jörg Ehtreiber (Leiter des Grazer Kindermuseums FRida&freD). Die Ausstellung und 50 Mitmachstationen beschäftigen sich mit Aspekten der Mobilität, Luft- und Wasserfahrzeugen, Rädern, Raumfahrt und Schienenfahrzeugen. Sie dauert vom 18. Dezember 2010 bis 11. September 2011. Nähere Informationen unter *www.kindermuseum-muenchen.de*.
Achtung Redaktionen: Pressevorbesichtigung am 16. Dezember um 11 Uhr.

Sonntag, 19. Dezember, 14 Uhr, Heimstättenstraße 1
Stadtrat Dr. Reinhard Bauer (SPD) gratuliert der Münchner Bürgerin Lilly Gronewaldt im Namen der Stadt zum 101. Geburtstag.

Montag, 20. Dezember, 19.30 Uhr,
Tollwood-Weltsalon, Theresienwiese
Podiumsdiskussion „Münchner Klimawandel – eine Stadt auf dem Weg in die Zukunft“ mit Oberbürgermeister Christian Ude, Dr. Kurt Mühlhäuser, Vorsitzender der Geschäftsführung der Stadtwerke München GmbH, und Dr. Stefan Lechtenböhmer, Leiter der Forschungsgruppe „Zukünftige Energie- und Mobilitätsstrukturen“, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH. Moderation: Yvonne Maier.
Anmeldung erbeten unter presse@tollwood.de

Bürgerangelegenheiten

Mittwoch, 22. Dezember, 17.30 bis 19 Uhr,
BA-Büro, Seidlvilla, Nikolaiplatz 1 b (barrierefrei)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 12 (Schwabing - Freimann) mit dem Vorsitzenden Werner Lederer-Piloty.

Meldungen

Kultureller Ehrenpreis 2010 an Dieter Hildebrandt
(15.12.2010) Die Vollversammlung des Stadtrats hat in ihrer heutigen Sitzung einstimmig beschlossen, Dieter Hildebrandt mit dem Kulturellen Ehrenpreis 2010 auszuzeichnen. Der Kulturelle Ehrenpreis, die höchste Kulturauszeichnung der Stadt, wird jährlich an eine Persönlichkeit von internationaler Ausstrahlung für ihre kulturellen beziehungsweise wissenschaftlichen Leistungen verliehen. Der Preis ist mit 10.000 Euro dotiert.
Mit der Entscheidung für Dieter Hildebrandt folgte die Vollversammlung dem Vorschlag einer Jury vom 11. November, der in diesem Jahr angehörten: Wolfgang Balk (Deutscher Taschenbuch Verlag); Frank Baumbauer (Preisträger 2009); Gabriele Pfennigsdorf (fffBayern); Professorin Dr. Carla Schulz-Hoffmann (Pinakothek der Moderne); Professor Klaus Zehelein (Bayerische Theaterakademie) sowie Oberbürgermeister Christian Ude, Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers und aus dem ehrenamtlichen Stadtrat Dr. Ingrid Anker und Michael Leonhart (SPD), Siegfried Benker (Die Grünen) sowie Richard Quaas und Walter Zöller (CSU).

Die Jury-Begründung:
„Mit dem Kulturellen Ehrenpreis 2010 zeichnet die Kabarett-Hauptstadt München einen ohnehin ausgezeichneten Kabarettisten abermals aus, der auch schon vor dieser Ehrung als Größter seiner Zunft galt. Aber Preise suchen – wie Dieter Hildebrandt einmal abfällig sagte –, unerbittlich ihren Träger'.
Dieter Hildebrandt hat mit der ‚Lach und Schieß' den Deutschen aufklärerische Gedanken, Aufsässigkeit und sogar Selbstironie nahegebracht, mit ‚Notizen aus der Provinz' für Aufruhr in den Zentralen des politischen Betriebs und als ‚Scheibenwischer' für klare Sicht auf politische und gesellschaftliche Missstände gesorgt.
Seine Auftritte bei den Münchner Kammerspielen haben das Publikum zu Beifallsstürmen hingerissen, in Filmrollen überzeugte er ebenso wie als Buchautor mit inzwischen beachtlichem Oeuvre. Ein Hildebrandt-Solo ist heute wie vor 50 Jahren ein unvergessliches Ereignis, das Vergnügen an der Respektlosigkeit und Freude am aufrechten Gang vermittelt. Das ‚hochgeachtete Lästermaul' (Süddeutsche Zeitung) hat seine Pointen-Feuerwerke aber nicht als Selbstzweck gezündet, sondern immer aus einer kritischen Position heraus, die sich mit Restauration, Ungerechtigkeit und Dummheit nicht abfinden kann, sondern aufklärerisch Farbe bekennen und Inhalte vermitteln will, ohne sich dabei vereinnahmen zu lassen.
Dieter Hildebrandt steht dafür, dass Kabarett sehr viel mit scharfsinniger Analyse, mit Wortwitz und Sprachgewalt, mit Kenntnis menschlicher Schwächen und demokratischem Aufbegehren zu tun hat, aber nichts mit seichtem Entertainment und inhaltsleerer Comedy."
Oberbürgermeister Christian Ude übergibt den Kulturellen Ehrenpreis 2010 am 31. Januar im Alten Rathaussaal im Rahmen einer geschlossenen Veranstaltung.
Nähere Informationen sind unter *www.muenchen.de/kulturfoerderung* unter „Preise" ersichtlich.

Glückwünsche für Tankred Dorst zum 85. Geburtstag
(15.12.2010) Oberbürgermeister Christian Ude gratuliert Tankred Dorst zum bevorstehenden 85. Geburtstag: „Fünf Jahre ist es her, dass ich Ihnen und Ursula Ehler den Kulturellen Ehrenpreis verleihen durfte – fünf Jahre, die nicht weniger produktiv waren als all die vorangegangenen Jahre und Jahrzehnte Ihres schöpferischen Lebens. Unvermindert sind Ihre künstlerische Energie, Ihr entschiedener Wille zum Geschichtenerzählen, Ihre Kunst ebenso präziser wie lebendiger Dialoge, die Sie zum bedeutendsten und meistgespielten deutschsprachigen Theaterautor haben werden lassen. Viele Ihrer Stücke – inszeniert von den wichtigsten Regisseuren

unserer Zeit – sind geradezu legendär geworden: die ‚Große Schmährede an die Stadtmauer', ‚Toller', ‚Merlin oder Das wüste Land', ‚Herr Paul' und ‚Kupsch', um nur einige zu nennen. Nicht zuletzt die Münchner Bühnen, die Kammerspiele und das Residenztheater, haben Ihnen wunderbare (Ur-)Aufführungen zu verdanken. Mit Fernsehfilmen, Hörspielen und Libretti sind Sie hervorgetreten, haben Stücke für Kinder geschrieben, in Bayreuth inszeniert, Prosastücke und Erzählbände veröffentlicht, zuletzt ‚Der schöne Ort' und ‚Glück ist ein vorübergehender Schwächezustand', die – wie so viele Ihrer Arbeiten – auch der fruchtbaren und anregenden ‚Mittäterschaft' (Michael Krüger) Ihrer Frau Ursula Ehler zu verdanken sind.
Seit rund 60 Jahren leben Sie in München, und ich bin froh und zufrieden, dass sich unter den zahlreichen Auszeichnungen, die Sie für Ihr Werk erhalten haben (unter anderem den Büchnerpreis), auch einige städtische Ehrungen finden, nämlich der Förderpreis für Literatur, den Sie schon im Jahr 1964 erhalten haben, die Medaille ‚München leuchtet – Den Freunden Münchens' in Gold und dann eben der Kulturelle Ehrenpreis, die höchste Auszeichnung, die die Stadt zu vergeben hat.
Ich wünsche Ihnen auch für die kommenden Jahre Gesundheit und Glück sowie weiterhin reichlich Ideen und Kraft für Ihre künstlerische Arbeit."

(teilweise voraus)
OB Ude zum Sozialhilfestreit: Haderthauer verirrt sich in Absurditäten
(15.12.2010) Im Streit um einen höheren Regelsatz bei der Sozialhilfe hat sich Bayerns Sozialministerin Christine Haderthauer nach Meinung von Oberbürgermeister Christian Ude „nach beschämenden Entgleisungen, die auch in der eigenen Partei auf Unverständnis und harte Kritik gestoßen sind, nun vollends im Gestrüpp eigener Ausreden verirrt".
Erst habe die Ministerin zum Entsetzen aller Wohlfahrtsverbände und Sozialpolitiker den Kommunen Bayerns jede Möglichkeit genommen, freiwillig und aus eigenen Mitteln einen höheren Regelsatz zu zahlen, um den höheren Lebenshaltungskosten in bestimmten Regionen Rechnung zu tragen. Sie habe dies selbst öffentlich damit erklärt, dass sie keine unterschiedlichen Hilfesätze in Bayern haben wolle. Nach den harten Kritiken aller Parteien in München – auch der Münchner CSU! – behauptet sie jetzt, die Stadt München habe es versäumt, im Sommer 2010 (!), also Monate vor dem Gesetzesbeschluss des Deutschen Bundestags über die Höhe der künftigen Sozialhilfesätze, ein Gutachten einzuholen, mit dem ein höherer Regelsatz begründet werden könnte.
Ude: „Dabei sind ja derartige abweichende kommunale Regelsätze nach dem Willen der Ministerin überhaupt nicht mehr zulässig – und sollen es ausdrücklich auch in Zukunft nicht sein!" Außerdem stelle sich die Frage,

wie die Landeshauptstadt München im Sommer 2010 die Bundesgesetze hätte vorhersehen sollen, nachdem die Regierungskoalition selbst keine Ahnung hatte, welche Regelung sie am Ende treffen würde.
Oberbürgermeister Ude: „Ich fordere den sozialpolitisch ambitionierten bayerischen Ministerpräsidenten auf, endlich die Reißleine zu ziehen und die Geisterfahrt seiner Sozialministerin zu beenden. Ihr Versuch, ihre höchstpersönlichen eigenen Entscheidungen auf bayerische Kommunalverwaltungen abzuwälzen, fügt dem bereits entstandenen Ruf der sozialen Kälte noch den Ruf winkeladvokatischer Trickserei hinzu." Übrigens werde die Situation nicht nur in der Landeshauptstadt München, sondern auch in allen anderen bayerischen Kommunen, die mit den Stimmen der CSU Zuzahlungen leisten wollen, ebenso gesehen.

Winterdienstbilanz für Dienstag, 14. Dezember
(15.12.2010) Hier die aktuellen Winterdienst-Zahlen:
Dienstag, 14. Dezember:
Einsatzzahlen:
Personal: 689 Fahrzeuge: 515
Streuguteinsatz:
Salz: 924,993 t Splitt: 736,94 t
Kosten des Einsatztages: 478.584,10 Euro
Bisherige Bereitschaftstage: 11
Bisherige Einsatztage: 33
Bisher aufgelaufene Kosten im Winter 2010/2011: 7.466.826,01 Euro

Antworten auf Stadtratsanfragen

Mittwoch, 15. Dezember 2010

Fährt die Bundesregierung den Beschäftigungszuschuss an die Wand?
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Siegfried Benker, Gülseren Demirel und Lydia Dietrich (Bündnis 90/Die Grünen) vom 21.10.2010

Antwort Sozialreferentin Brigitte Meier:

In Ihrer Anfrage vom 21.10.2010 beziehen Sie sich auf die Ankündigung der Regierung im Jahr 2011 die Mittel für Eingliederungsleistungen um 1,5 Milliarden Euro zu kürzen. Diese Reduzierung soll u.a. auch den Beschäftigungszuschuss (BEZ) betreffen.

Zu Ihrer Anfrage vom 21.10.2010 nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage 1:
Wie will das BMAS in Zukunft mit den BEZ verfahren? Will das Ministerium sie auslaufen lassen bzw. einstellen?

Antwort:
Im Koalitionsvertrag haben CDU, CSU und FDP festgehalten, dass die Vielzahl der bestehenden Arbeitsmarktinstrumente deutlich reduziert werden solle. Laut Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) soll dies im Jahr 2011 umgesetzt werden. Dem BMAS ist deswegen derzeit keine Aussage über die künftige Ausgestaltung und Umsetzung des Beschäftigungszuschusses (BEZ) möglich.
Im Rahmen des Sparpakets der Bundesregierung für die Jahre 2011 bis 2014 stehen den Grundsicherungsträgern voraussichtlich bereits im kommenden Jahr in den Eingliederungstitel (EGT)-Haushalten 1,3 Mrd. Euro weniger zur Verfügung als bisher. Davon wird auch der BEZ betroffen sein, der mit einer hohen und dauerhaften Mittelbindung verbunden ist.

Frage 2:
Falls ja, welche Alternativen werden derzeit auf Bundes- bzw. Kommunalebene diskutiert, um den betroffenen Personen eine Alternative zu bieten?

Antwort:
Nach Aussagen der Arbeitsgemeinschaft für Beschäftigung München GmbH (ARGE) könnten insbesondere Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (AGH-MAE) und Arbeitsgelegenheiten in Entgeltvariante (AGH EV) als arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Richtung des ersten Arbeitsmarktes eine Alternative zu BEZ darstellen, da auch hier sich der Personenkreis während der Tätigkeit in Richtung des ersten Arbeitsmarktes entwickeln kann, seine Leistungsfähigkeit steigern kann und sich somit die Prognose für eine Integration auf dem ersten Arbeitsmarkt absehbar verbessert.

Frage 3:
Was soll nach Ansicht des BMAS konkret mit den Personen geschehen, deren BEZ-Stellen ausgelaufen sind oder jetzt auslaufen?

Antwort:
Soweit eine personenbezogene Weiterförderung mittels BEZ auf gesetzlicher Grundlage (§ 16 e SGB II) nicht mehr in Betracht kommt, ein integrationsbezogener Hilfebedarf bei der betreffenden Person hingegen weiterhin fortbesteht, obliegt es laut BMAS dem Grundsicherungsträger, im Rahmen einer Einzelfallentscheidung über die Einleitung geeigneter und erforderlicher Maßnahmen zu befinden.

Frage 4:
Wie geht die ARGE mit den anstehenden Kürzungen und Sparmaßnahmen um? Welche Alternativen bietet die ARGE, welche Übergangslösungen sieht sie für die 2010 bereits ausgelaufenen bzw. noch auslaufenden BEZ-Stellen?

Antwort:
Wegen der sich abzeichnenden hohen Mittelbindung und der gleichzeitig von der Bundesregierung angekündigten Kürzungen im EGT-Haushalt hat die Geschäftsführung der ARGE in Absprache mit dem Aufsichtsrat festgelegt, dass die Anzahl der dauerhaft mit BEZ- geförderten Arbeitsplätze auf 120 beschränkt wird.
Dies ist vor allem notwendig, da die BEZ-Förderungen in Zukunft aus dem EGT zu finanzieren sind und damit in Konkurrenz zu anderen Maßnahmen wie z. B. für den Personenkreis U 25 stehen.

Konkrete Aussagen zu Alternativen und Übergangslösungen sind derzeit noch nicht möglich, da die Detailplanung in den EGT Haushalten noch nicht

entschieden ist und das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2011 erst in der Trägerversammlung der gemeinsamen Einrichtung beschlossen wird.
Aktuell ist die ARGE jedoch dabei, die auslaufenden Förderungen zu prüfen und bei Vorliegen der Voraussetzungen soweit als möglich zu verlängern oder zu entfristen. So soll ermöglicht werden, den betroffenen Kundinnen und Kunden baldmöglichst Sicherheit und Klarheit über ihre persönliche Situation zu verschaffen.

Abschließend möchte ich noch darauf hinweisen, dass die Thematik auch in der zukünftigen Trägerversammlung im Fokus stehen wird.

Ist ein anderer Bodenbelag in der Stachus Passage möglich?
Anfrage Stadtrat Orhan Akman (Die Linke) vom 10.11.2010

Antwort Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft:

Die von Ihnen gestellten Fragen betreffen Angelegenheiten, die in die Zuständigkeit der LBBW Immobilien GmbH fallen. Die Stadtwerke München GmbH hat Ihre Fragen in Abstimmung mit der LBBW wie folgt beantwortet:

Vorbemerkung der Anfrage:
„Einige Bürger/innen und auch Mitarbeiter/innen der ansässigen Geschäfte haben sich über den Bodenbelag in der Stachus Passage und den Treppenaufgängen (ausgenommen der Rolltreppen) beschwert. Laut ihren Angaben ist dieser extrem rutschig. Vor allem mit nassen oder glatten Schuhsohlen bestünde die Gefahr, dass die Bürger/innen ausrutschten und sich verletzten.“

Frage 1:
Gibt es die Möglichkeit in der Stachus Passage und den Treppenaufgängen einen rutschfesten Boden zu verlegen?

Antwort der Stadtwerke München GmbH:
Die LBBW Immobilien GmbH übernahm als zuständige Betreiberin des Einkaufszentrums im Stachus-Untergeschoss die Modernisierung, da dieses Bauwerk nach nunmehr über dreißig Jahren – die Eröffnung fand am 26.11.1970 statt – dringend und grundlegend sanierungsbedürftig war.

Nach Auskunft der LBBW Immobilien GmbH sind derzeit Risssanierungen im Stachus-Untergeschoss notwendig. In diesem Zusammenhang wird bereits geprüft, eine andere Körnung beim Schleifvorgang zu verwenden, um dadurch die Rutschfestigkeit zu erhöhen.
Witterungsbedingt kann jedoch der Schleifvorgang voraussichtlich erst im Frühjahr 2011 durchgeführt werden.
Der Bodenbelag der Treppen besitzt eine höhere Rutschfestigkeit. Ob Maßnahmen zur Erhöhung erforderlich sind wird geprüft.

Frage 2:
Welchen Einfluss kann die LH München auf die LBBW Immobilien GmbH als Betreiberin der Stachus Passage ausüben, um die Gefahr für die Bürger/innen zu beheben?

Antwort der Stadtwerke München GmbH:
siehe Antwort zu Frage 1.

Frage 3:
Sind der LH München Fälle bekannt, bei denen Bürger/innen aufgrund des Bodenbelags hinfielen und sich verletzten?

Antwort der Stadtwerke München GmbH:
Aktuelle Meldungen über Stürze und Verletzungen aufgrund der Beschaffenheit des Bodenbelages liegen derzeit nicht vor.
Jedoch kam es während der Bauzeit aufgrund von Unebenheiten im Baustellenbereich zu vereinzelten Stürzen.

Städtischer Bestattungsdienst stark im Umland tätig?
Anfrage Stadträte Dr. med. Otto Bertermann und Dr. Michael Mattar (FDP) vom 19.11.2010

Antwort Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt:

Ihrer Anfrage liegt folgender Sachverhalt zu Grunde:

„Sie sind der Ansicht, dass aufgrund der Ihnen vorliegenden Zahlen ein großer Teil der Bestattungsaufträge der Städtischen Bestattung (vormals Städtischer Bestattungsdienst) das Münchner Umland betreffen. Zudem stellen Sie die Frage, ob die Städtische Bestattung im Münchner Umland Bestattungsaufträge akquiriert."

Herr Oberbürgermeister Ude hat mir Ihre Anfrage zur Beantwortung zugeleitet, die wie folgt beantwortet wird:

Frage 1:
Sind die o.g. Zahlen der Verwaltung richtig und beträgt der Anteil der Bestattungen des Städtischen Bestattungsdienstes an den gemeldeten Sterbefällen in München nur 43,6% (= 4.410 von 10.116)?

Antwort:
Richtig ist, dass der Anteil der Bestattungen des Städtischen Bestattungsdienstes an der Gesamtzahl der in München angemeldeten Sterbefällen 43,6% beträgt. Allerdings bezieht sich dieser Prozentsatz auf die gesamten Sterbefälle in München und nicht, wie vielleicht angenommen, auf die Sterbefälle nur der Münchner Einwohner.
In der Landeshauptstadt München verstarben im Jahr 2009 insgesamt 15.354 Personen. Teilt man die bearbeiteten Sterbefälle der Städtischen Bestattung durch die gesamten Sterbefälle ergibt sich der Prozentsatz in Höhe von 43,6% (gerundet). Die relativ hohe Zahl an Sterbefällen ist dem Umstand geschuldet, dass viele Auswärtige aufgrund der hohen Krankenhausdichte in München versterben. Nicht vergessen werden darf in diesem Zusammenhang, dass auch Münchner Bürgerinnen und Bürger außerhalb der Stadtgrenzen sterben. Eine präzise Aussage über den Marktanteil bei den Bestattungen Münchner Bürgerinnen und Bürger lässt sich aus dem vorliegenden amtlichen Zahlenmaterial leider nicht treffen.

Frage 2:
Ist es somit richtig, dass mehr als ein Drittel der gesamten Bestattungsaufträge des Städtischen Bestattungsdienstes (= 2.277 der 6.687 Bestattungsaufträge) aus dem Umland außerhalb der Stadtgrenzen stammt?

Antwort:
Nein, wie zu Frage 1 bereits ausgeführt, fußt die Berechnung von Ihnen auf einer niedrigeren, nicht bezugsfähigen Zahl.

Frage 3:
Besteht eine ausdrückliche Strategie, Bestattungsaufträge aus dem Umland zu akquirieren?

Antwort:
Nein, im Gegenteil: Die Städtische Bestattung nimmt grundsätzlich nur Bestattungsaufträge entgegen, bei denen ein Bezug zur Landeshauptstadt München besteht. D. h., entweder ist die Person in München verstorben oder soll in München beigesetzt werden. Bei einem großen Anteil der Bestattungsaufträge treffen beide Bedingungen zu.
In begründeten Ausnahmefällen nimmt die Städtische Bestattung Bestattungsaufträge auch dann entgegen, wenn kein Münchner Bezug vorhanden ist, zum Beispiel wenn die Beauftragung der Städtischen Bestattung der ausdrückliche Wunsch der/des Verstorbenen oder deren/dessen Angehörigen war bzw. ist. Nach einer qualifizierten Schätzung bewegt sich diese Zahl unter 1% der gesamten durch die Städtische Bestattung betreuten Sterbefälle. Weit öfters indes werden derartige Anfragen abgelehnt, da die Städtische Bestattung an einer Ausweitung des Geschäftsbetriebes über die Stadtgrenzen hinaus kein Interesse hat und der Ansicht ist, dass die Städtische Bestattung sich grundsätzlich auf das Gebiet der Landeshauptstadt München beschränken sollte.

Frage 4:
Wie hoch ist der Marktanteil des Städtischen Bestattungsdienstes an Bestattungen von Bürgern aus den umliegenden Landkreisen in München und in den Landkreisen?

Antwort:
Die Städtische Bestattung führt keine Statistik über derartige Marktanteile, weil sie hierzu gar nicht in der Lage ist. Die Städtische Bestattung hat aufgrund ihres Charakters keinen Zugang zu Meldedaten der Einwohner-

meldeämter oder zu den Gesamtzahlen an Sterbefällen in den Umlandgemeinden.
Sterbefallzahlen, Marktanteile oder andere bestattungsrelevante Daten aus dem Münchner Umland sind für die Städtische Bestattung unerheblich und von keinerlei Interesse, da der in Frage 3 geschilderte Aufgabenschwerpunkt bei den Münchner Bürgerinnen und Bürgern liegt.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Mittwoch, 15. Dezember 2010

Mehrerlöse aus städtischen Grundstücksverkäufen dem Wohnungsmarkt erhalten
Antrag Stadtrats-Mitglieder Christian Amlong, Ulrike Boesser, Andreas Lotte, Alexander Reissl und Claudia Tausend (SPD)

Historische Wiesn
Antrag Stadträte Oliver Belik, Nikolaus Gradl, Andreas Lotte, Alexander Reissl und Helmut Schmid (SPD)

Wettbewerb zur Namensgebung der Veranstaltung „Oide Wiesn“
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. med. Otto Bertermann, Dr. Jörg Hoffmann, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff und Christa Stock (FDP)

Abschaffung der Umweltzone in München
Antrag Stadtrat Richard Progl (Bayernpartei)

Endlich genauer hinschauen – Salafismus in München?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

„Erhebliche Versammlungsstörung“ – Ermittlungen gegen StR Benker und Co.
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Alexander Reissl
Stadtrat

Claudia Tausend
Stadträtin

Christian Amlong
Stadtrat

Ulrike Boesser
Stadträtin

Andreas Lotte
Stadtrat

15. Dezember 2010
Mehrerloese_Wohnungsbau_10-12-15.odt

Mehrerlöse aus städtischen Grundstücksverkäufen dem Wohnungsmarkt erhalten

Antrag

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Konzepte zu erarbeiten, wie die Mehreinnahmen aus dem Verkauf von städtischen Wohnungsbaugrundstücken gezielt zur Schaffung und Sicherung von bezahlbarem Wohnraum eingesetzt werden können.
Für die aktuell zur Vergabe anstehenden Grundstücke im 4. Bauabschnitt am Ackermannbogen sowie auf dem Areal der Funkkaserne werden geeignete Lösungen entwickelt, die die vom Stadtrat vorgesehene Berücksichtigung von Genossenschaften und Baugemeinschaften auch weiterhin ermöglichen.

Begründung:

Die stark gestiegene Nachfrage nach Grundstücken und Immobilien in München führt zu massiv höheren Preisen auf dem Münchner Immobilienmarkt. Beim Verkauf von städtischen Grundstücken für den Wohnungsbau führt dies auch zu Mehreinnahmen. Die ursprünglichen Kalkulationen der Genossenschaften und Baugemeinschaften für die Flächen am Ackermannbogen und auf der Funkkaserne wurden von der Preisentwicklung bei den Grundstücken weit überholt.

Die Landeshauptstadt München hat weiterhin großes Interesse daran, dass die Genossenschaften und Baugemeinschaften auf diesen Arealen zum Zuge kommen. Zudem gibt es entsprechende Beschlüsse und der Stadtrat wird an seinen Zusagen festhalten. Daher ist es notwendig, ein Konzept zu entwickeln, mit dem die gegenüber der ursprünglichen Kalkulation nun höheren Einnahmen der Landeshauptstadt aus den Grundstückverkäufen gezielt für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum eingesetzt werden können.

gez. Alexander Reissl Stadtrat	gez. Claudia Tausend Stadträtin	gez. Christian Amlong Stadtrat	gez. Ulrike Boesser Stadträtin	gez. Andreas Lotte Stadtrat

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089 - 23 39 26 27, Fax: 089 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Andreas Lotte
Helmut Schmid
Alexander Reissl
Nikolaus Gradl
Oliver Belik
Stadtratsmitglieder

München, 15.12.2010

Historische Wiesn

Antrag

Die Stadt initiiert einen Ideenwettbewerb:

Münchnerinnen und Münchner suchen einen Namen für die „historische Wiesn“
Das Referat für Arbeit und Wirtschaft wird beauftragt gemeinsam mit Medienpartnern einen Ideenwettbewerb zu initiieren. Die Münchnerinnen und Münchner schlagen vor, wie die „historische Wiesn“ zukünftig heißen soll. Der beste Namensvorschlag wird von einer unabhängigen Jury prämiert.

Begründung:
Die „historische Wiesn“ hatte in diesem Jahr mehr als eine halbe Million Besucher vor allem aus München und Umgebung. Die Münchnerinnen und Münchner haben die Jubiläumswiesn begeistert aufgenommen und sich den Erhalt der „historischen Wiesn“ gewünscht. Dieser Wunsch wird mit dem Beschluss der Vollversammlung vom 15.12.2010 nun endlich in Erfüllung gehen. Die Stadt bietet Ihren Bürgerinnen und Bürgen eine ganz besondere Wiesn. In entspannt-gemütlicher Atmosphäre wird man auch in Zukunft in einem Bierzelt mit heimatlichen Charakter und Tanzboden ausschließlich traditionelle bayerische Musik genießen können. Auch für die Kinder wird wieder gesorgt: sie können die historischen Fahrgeschäfte zu einem vergünstigten Fahrpreis von einem Euro nutzen. Fest steht: Die historische Wiesn ist eine Wiesn für Münchner. Eine Frage bleibt jedoch offen: Wie soll sie nun heißen, die „historische Wiesn“? Oide Wiesn, Minga Wiesn oder …

gez.
Andreas Lotte
Helmut Schmid
Alexander Reissl
Nikolaus Gradl
Oliver Belik
Stadtratsmitglieder

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089 - 23 39 26 27, Fax: 089 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

FDP-Fraktion im Münchner Stadtrat | Rathaus | 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

14.12.2010

Antrag Nr.:
Wettbewerb zur Namensgebung der Veranstaltung „Oide Wiesn“

Der Stadtrat möge beschließen:
Für die Namensgebung der Veranstaltung mit dem vorläufigen Arbeitstitel „Oide Wiesn“ wird ein Wettbewerb ausgelobt. Die Münchner Bevölkerung wird gebeten, entsprechende Vorschläge zur Bennennung dieser Veranstaltung einzureichen.

Begründung:

Die historische Wiesn, die zum 200. Geburtstag des Oktoberfestes erstmals eingerichtet wurde, war ein voller Erfolg. Mit Beschluss des Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft vom 7.12. 2010 wurde die Verwaltung beauftragt, das Konzept „Oide Wiesn“ weiter zu entwickeln und umzusetzen. Die konkrete Planung der Veranstaltung „Oide Wiesn“ wird dem Stadtrat zusammen mit dem Zulassungsbeschluss im Jahr 2011 zur Entscheidung vorgelegt.

Für die Namensgebung der Veranstaltung mit dem vorläufigen Arbeitstitel „Oide Wiesn“ soll von der Landeshauptstadt München ein Wettbewerb ausgelobt werden.
Die Landeshauptstadt München bietet damit ihren Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, im Rahmen dieses Wettbewerbs, Vorschläge für die Namensgebung der Veranstaltung „Oide Wiesn“ einzureichen.

Gez.
Dr. Michael Mattar
Fraktionsvorsitzender

Gez.
Gabriele Neff
Stellv. Fraktionsvorsitzende

Gez.
Dr. Jörg Hoffmann
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Gez.
Christa Stock
Ea. Stadträtin

Gez.
Dr. med. Otto Bertermann
Ea. Stadtrat

Richard Progl

Stadtrat in München

Rathaus, Zimmer 174

An Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
- oder Vertreter im Amt -

14. Dezember 2010

<u>Antrag:</u> Abschaffung der Umweltzone in München

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Landeshauptstadt schafft die bisher bestehende Umweltzone ab.

Begründung:

Die Umweltzone in München wurde mit dem Argument eingeführt, dass der Europäische Gerichtshof einen individuellen und einklagbaren Anspruch auf eine effektive Reduzierung der Feinstaubbelastung bejaht hat.[1]

Nach den neuesten Untersuchungen[2] ist die Einführung einer Umweltzone allerdings gerade keine effektive Maßnahme, da sie die Grenzwertüberschreitungen in aller Regel nicht zu senken vermag. Sogar eine Studie des Helmholtz-Insitituts[3], das der Umweltzone an sich wohlwollend gegenüber steht, kommt zu dem Schluss, dass die PM_{10}-Konzentration in der Luft maßgeblich von der Wetterlage (z. B. Inversion und Windgeschwindigkeit) bestimmt wird.

Auch das Umweltbundesamt kommt in einer Untersuchung[4] zu dem Schluss, dass die PM_{10}-Belastung weitgehend (bis zu 72 %) nicht vor Ort erzeugt, sondern größere Entfernung über die Luft zurücklegt („großräumiger Transport“).

Aufgrund des relativ geringen Anteils des Autoverkehrs am Feinstaubaufkommen ist auch nicht ersichtlich, wie andere Maßnahmen hier Abhilfe schaffen könnten. Die bereits geforderte Einführung einer blauen Plakette[5] würde die Materie nur weiter verkomplizieren. Die mit den Umweltzonen

---

1 EuGH, Urteil vom 25. 7. 2008 - C-237/ 07, http://lexetius.com/2008,1843.
2 http://www.welt.de/wissenschaft/article11556601/Umweltzonen-sind-teuer-und-wirkungslos.html, http://www.focus.de/auto/news/adac-umweltzone-wirkungslos_aid_403809.html
3 http://www.ecomed-medizin.de/sj/ufp/Pdf/aId/10891
4 http://www.umweltbundesamt.de/luft/infos/forschungsprojekte/archiv/laufend/20543223.pdf
5 http://www.augsburger-allgemeine.de/Home/Nachrichten/Kultur+Wissen/Artikel,-ADAC-

einhergehende Freiheitseinschränkung der Bürger und die notwendige Bürokratie sind jedenfalls angesichts der Ergebnisse kaum zu rechtfertigen.

Soweit eine Gesundheitsgefährdung durch Feinstaub – auch nach dem Verfliegen der Anfangshysterie – noch für möglich gehalten wird, wird die Verwaltung aufgefordert, alternative Wege zur Reduzierung der Belastung zu eruieren.

Richard Progl
ehrenamtlicher Stadtrat

---

kritisiert-Umweltzonen-als-wirkungslos-_arid,2318200_regid,2_puid,2_pageid,9634.html

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
15.12.2010

Endlich genauer hinschauen – Salafismus in München?

Im Zusammenhang mit dem Thalkirchner „Prügel-Imam“ (O-Ton „Bild“-Zeitung) erkundigte sich der Fragesteller erst unlängst nach Aktivitäten radikal-islamischer Salafiten in der bayerischen Landeshauptstadt. Laut dem bayerischen Verfassungsschutzbericht 2009 gewinnt „salafistisches Gedankengut zunehmend an Bedeutung und Attraktivität [innerhalb der islamischen Szene]. (...) Als Höherwertigkeitsideologie richtet sich der Salafismus (...) auch gegen nicht-islamische, jüdische und christliche Glaubensvorstellungen; insbesondere in der Kritik steht jedoch das schiitische (...) Islamverständnis.“ (Ebd. S.33f.)

Wie begründet die diesbezügliche Anfrage vom 07.12. ist, macht der Umstand deutlich, daß nach Informationen des Bundesinnenministeriums am 14.12.2010 in drei Bundesländern Durchsuchungen bei einem salafitischen Netzwerk stattfanden. Die durchsuchten Vereine in Nordrhein-Westfalen, Bremen und Niedersachsen sind laut BMI „verdächtig, sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung zu richten, indem sie diese zugunsten eines islamischen Gottesstaates in Deutschland beseitigen wollen. Salafisten verstehen die islamische Religion als Ideologie, Ordnungs- und Herrschaftssystem und damit als unvereinbaren Gegensatz zur parlamentarischen Demokratie.“

(Quelle:www.bmi.bund.de/cln_165/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2010/12/salafisten.html)

Diese aktuelle Entwicklung wirft mit Blick auf die Münchner Islam-Szene weitere Fragen auf:

<u>Ich frage den Oberbürgermeister:</u>

1. Welche Kenntnis haben Stadt, Polizei und/oder Verfassungsschutz darüber, ob und in welchem Umfang auch in München salafistische Vereine und/oder Netzwerke tätig sind und ggf. mit gleichgerichteten Vereinen in anderen Bundesländern kooperieren – dies vor dem Hintergrund gefragt, daß in der zitierten BMI-Pressemitteilung von einem „bundesweit agierenden salafistischen Netzwerk“ die Rede ist? *b.w.*

2. Inwieweit hält es die Stadt angesichts der jüngsten Durchsuchungsmaßnahmen in drei Bundesländern geraten, sich spätestens jetzt gezielt um Informationen über ähnlichgelagerte Bestrebungen in der bayerischen Landeshauptstadt zu bemühen? Wie kann das geschehen? Inwieweit wurde die Stadt in der Vergangenheit möglicherweise bereits vom bayerischen Verfassungsschutz oder vom Bundesinnenministerium auf das Problemfeld „Salafismus“ aufmerksam gemacht? Wie trug die Stadt dem Rechnung?

3. Inwieweit kann die Stadt nachvollziehen, daß auch gewaltbereite und antidemokratische islamistische Bestrebungen von einer Politik der einseitigen „interkulturellen Öffnung“ nur profitieren können, wie sie die Stadt seit vielen Jahren verfolgt? Was beabsichtigt die Stadt zu unternehmen, um angesichts der gestiegenen Bedrohung durch einen aggressiven Islamismus endlich genauer hinzusehen und der Zeitbombe Islamismus wenigstens im Rahmen ihrer Möglichkeiten entgegenzuwirken?

Karl Richter, Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
15.12.2010

„Erhebliche Versammlungsstörung“ – Ermittlungen gegen StR Benker und Co.

Wie die „Süddeutsche Zeitung“ in ihrer Ausgabe vom 14.12. berichtete, ermittelt die Staatsanwaltschaft München I gegen den Grünen-Fraktionschef im Münchner Rathaus, Stadtrat Siegfried Benker, gegen dessen Frau Angelika L. (Anwältin!) sowie rund 20 weitere Personen wegen „erheblicher Versammlungsstörung“ nach dem Bayerischen Versammlungsgesetz. Benker und andere hatten sich selbst in einer Erklärung der Blockade einer genehmigten Demonstration im Mai 2010 bezichtigt.

Dem Fall kommt besondere Bedeutung zu, firmiert die von StR Benker geführte Grünen-Fraktion doch immerhin als Juniorpartner der rot-grünen Münchner Rathaus-Regierung. Die erhebliche Störung der öffentlichen Ordnung, wegen derer nun gegen ihn und andere ermittelt wird, wirft ein zumindest fragwürdiges Licht auf das Demokratieverständnis der vielbeschworenen Münchner „Zivilgesellschaft“, zumal der in Rede stehende Rechtsbruch einer Versammlungsstörung über Benker und Co. hinaus auch von Vertretern der Bezirksausschüsse (BA) 19 und 20 sowie von mehreren Landtagsabgeordneten öffentlich gutgeheißen wurde (nach: SZ, 14.12.).

<u>Ich frage den Oberbürgermeister:</u>

1. Wie beurteilt speziell der Oberbürgermeister die mutmaßlichen Rechtsbrüche, die von prominenten Vertretern seines grünen Juniorpartners begangen bzw. gebilligt wurden und deretwegen nun Ermittlungen aufgenommen wurden? Inwieweit kann der Oberbürgermeister nachvollziehen, daß die Benker und Co. von der Staatsanwaltschaft unterstellte „erhebliche Versammlungsstörung“ geeignet ist, eine besonders negative Vorbildwirkung zu entwickeln, firmiert Benker doch laut Stadtrats-Handbuch als „Diplom-Sozialpädagoge (FH)“, seine Frau Angelika L. nach SZ-Angaben als „Anwältin“?

2. Welches Rechtsverständnis kann der Oberbürgermeister darin erkennen, daß sich herausgehobene Vertreter der Münchner sogenannten „demokratischen Zivilgesellschaft“ in öffentlichen Erklärungen mit Verstößen gegen geltende Gesetze

b.w.

brüsten („Auch wir haben blockiert“)? Inwieweit vermag der Oberbürgermeister zu erkennen, daß es sich hier um ein fragwürdiges Rechtsverständnis handelt, das sich bewußt intolerant gegen Andersdenkende gibt und Rechtsbrüche in Kauf nimmt?

3. Beabsichtigt der Oberbürgermeister, StR Benker wegen der von ihm begangenen oder gebilligten „erheblichen Versammlungsstörung“ im Mai 2010 zu rügen oder anderweitige Konsequenzen zu ziehen, sollte sich der Anfangsverdacht im Zuge der Ermittlungen bestätigen? Ist eine derartige Rüge eventuell bereits erfolgt?

4. Wie beurteilt der Oberbürgermeister insbesondere die von der „Süddeutschen“ mitgeteilte Absicht einer entsprechenden „Solidaritätserklärung“ zugunsten mutmaßlicher Rechtsbrecher, die die SPD-Fraktion im Bezirksausschuß (BA) 19 Anfang Januar abgeben will?

5. Gegen wie viele Personen wird derzeit von der Staatsanwaltschaft wegen Störungen der Versammlung im Mai 2010 ermittelt?

6. In welchem Ausmaß kam es auch im Zusammenhang mit dem „Heldengedenken“ am 13.11.2010 zu strafbaren Störungen/Blockaden nach dem Bayerischen Versammlungsgesetz? Gegen wie viele Personen wurde oder wird hier eventuell bereits ermittelt?

7. Wurden vergleichbare Störungen von Versammlungen, wie sie StR Benker und Co. zur Last gelegt werden, in den letzten Jahren auch von Personen aus dem rechten politischen Spektrum begangen? Wenn ja, in wie vielen Fällen? Wie viele Personen wurden deshalb eventuell verurteilt?

Karl Richter
Stadtrat